

Der zweite Gegenstand vor der Tagesordnung war der Bericht der zum Ministerpräsidenten in Angelegenheit des Getreideeinkaufes entsendeten Kommission.

Den Bericht erstattete in Abwesenheit des ersten Bürgermeisters Stadtrepräsentant Alois Langer.

Redner berichtet vor allem, daß Bürgermeister Brolih infolge dessen, daß das Präsidium des ungarischen Städtekongresses in Budapest zu einer Sitzung zusammengetreten, in welcher Genannter den Vorsitz führe, leider in der heutigen Generalversammlung nicht erscheinen könne und das obgenannte Präsidium die Absicht habe, nochmals bei den in der Approvisionierungsfrage maßgebenden drei Ressortministern vorzusprechen und für die Mehlerversorgung der Städte die möglichst weitgehendsten Garantien zu gewinnen.

Die Audienz selbst betreffend referiert Redner, daß Bürgermeister Brolih alle jene Wünsche und Beschwerden, welche bezüglich der Mehlerversorgung in der Juli-Generalversammlung zum Ausdruck gebracht wurden, in ausführlicher und gediegener Rede mit Eindringlichkeit dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis brachte und hauptsächlich auf die Ungerechtigkeit jenes Punktes des Ministerialerlasses hinwies, welcher allen kleineren Gemeinden das Recht des freien Einkaufes sichere, für Munizipien mit geordnetem Magistrat aber dieses Einkaufsrecht gänzlich illusorisch mache.

Die Antwort des Ministerpräsidenten referierte Repräsentant Langer, was wir bereits im montägigen Abendblatte hervorgehoben, daß der Minister die Lage ungemein ernst beurteile und an den Patriotismus der Bürgerschaft appelliere, alles zu vermeiden, was die Bürgerschaft trennen könnte, dagegen alles aufzubieten, um der Situation mit Eintracht und mit Erfolg Herr zu werden. Gestützt auf die peinlichen Erfahrungen der letzten Monate ist das Gesamtministerium zur Ueberzeugung gekommen, daß die pünktliche und ungestörte Versorgung der Arme und Bürgerschaft mit Mehl nur dann vollkommen sicher und zweifellos gut durchgeführt werden könne, wenn die Regierung allein über die ganze Ernte verfüge und keinerlei Ausnahmen dulde. Vor allem müsse er auf das Mißverständnis hinweisen, welches zwischen kleinen Gemeinden und geordneten Munizipien einen Unterschied konstruiert. Die Verordnung gelte für alle gleich und die Ausnahme werde praktisch nur auf jene Gebirgsortschaften angewendet werden, auf deren Territorium überhaupt kein Getreide wächst, welche vermöge ihrer geographischen Lage vom Zentrum aus schwer zu versorgen sind und denen die Möglichkeit gegeben werden soll, ins Tal hinabzusteigen und ihren Bedarf zu decken. Redner betonte nun, daß man mit diesem Umstande jetzt rechnen müsse, es stehe der Repräsentanz frei, dieses Faktum zum Gegenstande der Kritik zu machen, doch noch unter dem Eindrucke der überaus ersten Worte des Ministerpräsidenten stehend, glaube er, vorläufig jede Kritik beiseite lassen zu müssen und die gerechte Moral anzuerkennen, welche jedenfalls darin liege, daß alle Bürger des Staates gleich behandelt werden sollen, doch sehe er ganz besonders die Repräsentanz dazu berufen, die Kontrolle zu üben, daß die städtischen Behörden diesbezüglich ihre Schuldigkeit tun und alle Bürger dieser Stadt ohne Unterschied gleichmäßig und gerecht behandelt werden. Sollten in dieser Beziehung Uebergriffe stattfinden, die Regierung oder städtischen Behörden ihre Pflicht vernachlässigen, dann möge die Repräsentanz ihre Schuldigkeit tun und möge auch darüber wachen, daß jeder einzelne Bürger dieses Solidaritätsgefühl schähe und nicht seinen eigenen Vorteil zum Nachteil anderer ausnütze.

Repr. Kornheim findet die Ministerialverordnung für ungerecht und sagt, die Stadt müsse energisch dagegen Stellung nehmen.

Die Generalversammlung findet sich nicht veranlaßt, in dieser Angelegenheit neuerlich Stellung zu nehmen und nimmt den Bericht des Stadtrepr. Alois Langer dankend zur Kenntnis.

Repr. Stelkelhuber reichte den selbständigen Antrag ein, daß die Kontrollskommission mit Ausnahme der Monate Juli und August monatlich zu einer Sitzung einberufen werde. Der Antragsteller begründet diesen seinen Antrag eingehend und erklärt, daß er nicht wisse, ob es sich hier um Gedächtnisschwäche oder Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters handle, da die Kommission zwölf Monate lang nicht einberufen wurde.

Bürgermeister Th. Kumlik erklärt die Invektiven des Redners für unstatthaft und unbegründet. Man möge bedenken, mit welcher Fülle von Arbeit der Bürgermeister seit Anfang des Vorjahres überbürdet ist, um die Approvisionierung der Stadt zu leiten und sicherzustellen. Daß er da weniger wichtige Agenden zurückstellte, ist ohneweiters begreiflich und muß jedermann einleuchten.

Repr. Wiener gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sich der Antragsteller zu Neuerungen hinreißen ließ, die man zumindest als Schönheitsfehler der Begründung seines Antrages bezeichnen muß.

Repr. Stelkelhuber wiederholt seine Angriffe. Obernotär Mitterhauser ruft erregt: Unerhört!

Auf eine diesbezügliche persönliche Bemerkung des Repr. Stelkelhuber erklärt Obernotär Mitterhauser, daß es unerhört sei, in Abwesenheit des Bürgermeisters derartige Anordnungen gegen dessen Person zu richten, die man auf das energischste zurückweisen muß. Repr. Stelkelhuber hätte ja den Bürgermeister aufmerksam machen können, er möge die Kontrollskommission einberufen; aber er ergriff mit Freude die Gelegenheit, den Bürgermeister anzugreifen zu können.

Repr. Stelkelhuber erklärt, es sei nicht seine Pflicht, den Bürgermeister auf seine Agenden aufmerksam zu machen. Er bittet um Annahme seines Antrages.

Der Antrag wird sodann einstimmig angenommen.

Es folgt hierauf die Tagesordnung.

Der Bericht des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

Das Gedächtnis des verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Dr. Theodor Ortban, dem der Obernotär einen warmempfundenen Nachruf widmet, wird im Protokoll verewigt.

Es folgt nach Kenntnissnahme einiger Ministerialerlasse der Antrag des Repr. Geza Dzmits auf Erhöhung der Hundesteuer.

Antragsteller begründet seinen Antrag, der auch von Repr. Michael Dar unterstützt wird.

Repr. Stelkelhuber stellt einen Vermittlungsantrag, während Repr. Alois Langer beantragt, daß nur die Steuer der Luxus Hunde auf 50 Kronen erhöht werde.

Repr. Fleischner wünscht, daß das Salten von Hunden an behördliche Erlaubnis geknüpft werde.

Repr. Bäumler ersucht den Oberstadthauptmann, die Kontrolle der Hunde auf das strengste zu handhaben. Im übrigen schließt er sich dem Langer'schen Antrage an.

Repr. Wiener bittet, den Antrag an den Magistrat behufs neuerlicher Antragstellung zurückzuleiten.

Repr. Sebestyén unterstützt den Langer'schen Antrag.

Nachdem noch einige Repräsentanten gesprochen hatten, u. A. Repr. Eugen Gnabeli, der in Aussicht stellte, demnächst eine Kasse u. s. u. zu beantragen, wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Repr. Dzmits wurde im Sinne des Magistratsantrages mit 33 gegen 30 Stimmen abgewiesen.

In das Kuratorium der Staatselementarschule wurden als neue Mitglieder die Stadtrepr. Dr. Emil Kumlik und Arpad Sebestyén entsendet.

Es folgt hierauf der Antrag in Angelegenheit der Anfertiigung eines kunsthistorischen Atlases der Stadt.

Der Antrag wird von Repr. Sebestyén warm unterstützt. Repr. Fleischner ist aus Sparsamkeitsrücksichten dagegen, desgleichen Repr. Wiener.

Repr. Bäumler tritt für den Antrag ein, der für die Stadt ehrend ist und das Zustandekommen eines Werkes von bleibendem Werte sichert.

Repr. Dr. Emil Kumlik empfiehlt den Antrag wärmstens zur Annahme, umsomehr, als das diesjährige Budget der Stadt hiedurch überhaupt nicht belastet wird. Er weist den Haffinger'schen kunstopographischen Atlas der Stadt Wien vor, nach dessen Muster — allerdings in bescheidenem Rahmen — auch der Preßburger Atlas verfaßt werden soll. Wenn man bedenke, welsch ein Stück Arbeit in diesem Werke stecke, müsse man die Kosten von 6000 Kronen als sehr gering bezeichnen.

Obernotär Mitterhauser bittet eindringlich, den Antrag anzunehmen. Es werde

Westungaris

Städtische Generalversammlung.

Gestern nachmittag 3 Uhr fand im kleinen Redoutensaal die ordentliche Augustgeneralversammlung des städtischen Municipalausschusses statt. Den Vorsitz führte zweiter Bürgermeister Theodor Kumlik.

Vor der Tagesordnung interpellierte Repr. Zsiga Kornheim den Bürgermeister, warum den Bewohnern Bozsony's bisher keine Mehleinkaufszertifikate ausgefolgt wurden. Die Begründung, daß die Drucksorten noch nicht fertiggestellt seien, ist unstichhältig, da die Blankette schon seit zwei Wochen vorliegen.

Bürgermeister Th. Kumlik erklärt, daß die Blankette von der Krieproducten-N.G. erst gestern eingeschickt wurden. Die Ausstellung der Einkaufszertifikate wird von morgen ab für jeermann, der darauf Anspruch erhebt, erfolgen.